



Protest gegen Atomrüstung

Rund 80 Rüstungskritiker haben sich am Sonnabend zu einer Aktion auf dem Marktplatz versammelt. Bei Einbruch der Dunkelheit formten sie dort mit Kerzen in Gläsern das „Peace“-Zeichen und begingen damit den ersten Jahrestag der Gültigkeit

des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV). Zu der Veranstaltung hatten das Bremer Friedensforum und die ärztliche Friedensorganisation IPPNW eingeladen. „Im Dunkel von Aufrüstung und Kriegsgefahr sollen Funken der Hoffnung entzündet werden“, hieß es in

einem Aufruf. Der von zahlreichen Staaten 2017 initiierte Atomwaffenverbotsvertrag gibt der Friedensbewegung Hoffnung. Seit seinem Zustandekommen schließen sich immer mehr Länder an, 59 ratifizierten ihn inzwischen. In Deutschland fordern über 130

Städte und Gemeinden, darunter alle Landeshauptstädte, die Bundesregierung zum Beitritt zum AVV und damit dazu auf, den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland anzustreben.

TEXT: THE/FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Gebührenklage kommt voran

Abwasser: Prüfung durch Behörde

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. In den Rechtsstreit um die Höhe der Abwassergebühr für die Bremer Haushalte kommt langsam Bewegung. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) hat jetzt einen Verfahrensschritt zugestimmt, der für die Klärung der Angemessenheit der Gebühr wichtig ist.

Kläger ist der frühere Hochschullehrer Ernst Mönlich. Der Volkswirtschaftler kritisiert seit vielen Jahren die 1998 erfolgte Privatisierung der Bremer Stadtentwässerung. Nach seiner Überzeugung kassiert der damalige Erwerber Hansewasser über die von der Stadt erhobene Abwassergebühr zu viel für den Betrieb von Kanalnetz und Kläranlagen. 2009/10 erhob er deshalb Klage gegen seinen persönlichen Abwassergebührenbescheid. 2018 legte er juristisch nach. Er reichte vor dem OVG eine sogenannte Normenkontrollklage gegen die 2017 von der Bürgerschaft beschlossene Erhöhung der Abwassergebühr ein. Das OVG hatte schon anlässlich der ersten Klage beschlossen, bei der Preisprüfungsstelle der Bremer Wirtschaftsbehörde ein Gutachten zu der Frage einzuholen, wie ein angemessenes Entgelt für die von Hansewasser erbrachten Leistungen aussehen könnte. 2019 schlug Mönlich dem Gericht vor, diesen Auftrag auf das Normenkontrollverfahren zu übertragen. So sollte die Klärung des Gesamtkomplexes beschleunigt werden.

Rat zum Widerspruch

Mehr als zwei Jahre später liegt hierzu nun eine Entscheidung des OVG vor. Dessen zuständiger Senat hat entschieden: Die Preisprüfung durch die Fachleute der Wirtschaftsbehörde wird von der Privatklage auf das Normenkontrollverfahren übertragen. Ernst Mönlich freut das, rückt jetzt doch eine Antwort auf die Frage der Angemessenheit der Abwassergebühr näher. „Bleibt zu hoffen, dass die Preisprüfung nicht weitere zwei Jahre in Anspruch nimmt“, sagt Mönlich. Immerhin gehe es um eine Entscheidung, die Zehntausende Haushalte betrifft. Der frühere Professor rät allen Gebührenzahlern, gegen ihren aktuellen Abwasserbescheid Widerspruch einzulegen. Zur Begründung könne auf seine Normenkontrollklage vom Januar 2018 (OVG Az. 2 D 21/18) verwiesen werden. Mönlich: „Zur Vermeidung der Widerspruchgebühr von 100 Euro sollte beantragt werden, den Widerspruch ruhen zu lassen, bis über die Normenkontrollklage entschieden ist.“

BUS UND STRASSENBAHN

Anzeigetafeln am Bahnhof fallen für fünf Tage aus

Bremen. Die digitalen Anzeigetafeln an der Haltestelle am Hauptbahnhof werden von Montag bis Freitag, 24. bis 28. Januar, ausfallen. Das gelte für alle 20 Fahrgastinformationstafeln der BSAG sowie der Regionalbusse des VBN, so die BSAG in einer Mitteilung. Betroffen sei auch die große Anzeigetafel über dem Ausgang des Hauptbahnhofs in Richtung Innenstadt. Damit stünden den Fahrgästen die Echtzeitinformationen zu den einzelnen Bus- und Straßenbahnlinien und weitere aktuelle Hinweise in dieser Zeit nicht zur Verfügung. Der Ausfall solle aber so gering wie möglich gehalten werden. Es werde versucht, die Tafeln zumindest zeitweise zu betreiben. Als Alternative empfiehlt die BSAG die Nutzung der Fahrplaner-App, die alle Fahrten in Echtzeit anzeige. Gründe für den Ausfall der digitalen Anzeigetafeln seien die Erneuerung der Lautsprecheranlage sowie vorbereitende Arbeiten für den Austausch der inzwischen mehr als 20 Jahre alten Tafeln. Sie sollen durch moderne Bildschirme ersetzt werden. HPP

LANKENAUER HÖFT

Winter-Wunder-Strand bis 13. März verlängert

Bremen. Einmal noch, aber dann ist Schluss: Der Winter-Wunder-Strand am Lankenaue Höft, der ursprünglich nur bis zum 23. Dezember dauern sollte, ist wegen des großen Zuspruchs erneut verlängert worden. Das haben die Betreiber des Lankenaue Höft am äußersten Landende Woltmershausens mitgeteilt. Bis Sonntag, 13. März, soll er nun dauern. Geöffnet ist der Winter-Wunder-Strand mit Zelt und diversen Ständen donnerstags und freitags von 15 bis 22 Uhr sowie sonntags und sonntags von 12 bis 22 Uhr. Brunch gibt es bereits ab 10 Uhr. Nach dem 13. März werden die Winterzelte am Lankenaue Höft abgebaut. Die Tannen werden laut Betreiber dann gegen Palmen getauscht, an den Strand kommen wieder die Lounge-Möbel. Aus dem Winter-Wunder-Strand wird wieder der Sommer-Strand. Eröffnung ist am Freitag, 15. April. HPP

„Das Glas ist mindestens halb voll“

Die neue Linken-Chefin Anna Fischer sieht Regierungsbeteiligung positiv – Kritik an „Scheindebatten“

Anna Fischer

bildet seit Mitte Januar gemeinsam mit Christoph Spehr das Führungsteam der Bremer Linken. Die 24-Jährige hat Politik- und Kommunikationswissenschaften studiert. In ihrer Freizeit spielt sie Fußball beim TuS Schwachhausen.

Frau Fischer, die Bremer Linke hat am vergangenen Wochenende einen Generationswechsel in der Führung vollzogen, auf der weiblichen Position zumindest. Gemeinsam mit Christoph Spehr stehen Sie künftig an der Spitze des Landesverbandes. Welche neuen Akzente darf man von Ihnen erwarten?

Anna Fischer: Fluchtpolitik wird sicher ein Schwerpunkt sein. Die Koalition hatte sich ja frühzeitig darauf verständigt, bei der Legalisierung des Aufenthalts von Geflüchteten zu Fortschritten zu kommen. Da hakt es allerdings zurzeit. Ich stehe aber auch für Themen, die immer schon zum Profil der Linken gehört haben. Die Bewältigung der Klimakrise gehört dazu, ganz klar auch die Wohnungspolitik im Sinne bezahlbarer Mieten. Im Gesundheitsbereich gilt es, auch über Corona hinaus eine funktionierende Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Das hat dann auch Auswirkungen auf die Finanz-

Das hören Ihre Senatorinnen öfter, aber selten aus der eigenen Partei. Gerade Gesundheitsministerin Claudia Bernhard kriegt von der Basis oft Wind von vorn. Auf dem Parteitag im März 2021 musste sie sich sagen lassen, sie betreibe eine „rechte Politik“ des Stellenabbaus in den Kliniken.

Anna Fischer: Claudia Bernhard hat für ihr Corona-Management bundesweit Anerkennung erfahren, das ist – glaube ich – unstrittig. Und in der Koalition haben wir über unsere Senatsressorts hinaus auch schon einiges umgesetzt, unter anderem die Vergünstigung des Stadttickets im öffentlichen Nahverkehr für Menschen in Sozialleistungsbezug. Das macht einen großen Unterschied für die Betroffenen. Unsere Regierungsbeteiligung bewerte ich also bisher in großen Teilen als Erfolg, auch wenn noch Luft nach oben ist.

In welchen Bereichen?

In der Fluchtpolitik zum Beispiel. Wir haben jetzt den Nachzug für Familienangehörige aus Afghanistan in Gang gebracht, aber ich hätte mir da mehr Schwung in der Umsetzung gewünscht. Auch beim Ausbau des ÖPNV brauchen wir ein höheres Tempo und mehr Konkretisierung der Planungen.

Ihr Co-Vorsitzender Christoph Spehr hat auf dem Landesparteitag seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, dass es nach der Bürgerschaftswahl 2023 für ein rot-rotes Bündnis reicht. Was stört Sie an den Grünen?

Nichts. Es gibt an einigen Punkten inhaltliche Überschneidungen mit den Grünen, an

anderer Stelle mehr Gemeinsamkeiten mit der SPD. Zugleich ist aber doch klar, dass es nach der nächsten Wahl rein zahlenmäßig kaum für ein Zweierbündnis von Grünen und Linken reichen dürfte. In diesem Kontext ist zu verstehen, was auf dem Parteitag gesagt wurde.

In der Koalition gab es zuletzt Streit mit SPD und Grünen. Dabei ging es um die Situation am Hauptbahnhof. Wer dort unterwegs ist, empfindet die Ballung von Drogen- und Alkoholabhängigen, Dealerie und Kleinkriminalität häufig als abschreckend. Doch die Linken haben sich lange gegen ein energischeres Einschreiten der Behörden gewehrt. Das dürfte sogar in Teilen Ihrer Wählerschaft schwer vermittelbar sein.

Wir entscheiden unsere Inhalte nicht danach, ob wir damit allein stehen oder die Koalitionspartner damit nahtlos übereinstimmen. Das wäre keine linke Politik. Wir machen die Politik, die wir für richtig erachten. Dazu gehört, Menschen in großen Notlagen – wozu Obdachlose und Drogenabhängige zweifellos gehören – nicht mit Verdrängung, sondern mit Angeboten zu begegnen. Deshalb haben wir auf unserem Parteitag Toleranzflächen für diese Menschen gefordert. Die vorhandenen Hilfesysteme fangen nämlich schlicht nicht alle auf. Verdrängung der Betroffenen, ohne zu sagen, wohin sie denn sollen, wäre keine verantwortungsvolle Politik. Der gefundene Kompromiss zum Hauptbahnhof bietet nun aber eine vernünftige Grundlage.

Bei der Bundestagswahl haben die Linken zuletzt ordentlich auf die Mütze gekriegt. Ihre Bremer Abgeordnete Doris Achelwilm verlor das Mandat, auf Landesebene fiel die Partei auf 7,7 Prozent Stimmanteil zurück. Wie kann Die Linke auch im Bund wieder erfolgreicher werden?

Wir müssen unsere Inhalte besser vermitteln. Wenn wir beispielsweise über Feminismus reden, dann tun wir das nicht, um den Frauenanteil in Vorstandsetagen zu erhöhen. Sondern weil sich viele alleinerziehende Frauen in unglaublich prekären Lebenssituationen befinden. Und weil sie aufgrund solcher Faktoren viel öfter von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Armut und

„Wenn wir über Feminismus reden, dann tun wir das nicht, um den Frauenanteil in Vorstandsetagen zu erhöhen.“

Feminismus sind also Stichworte, die eng miteinander verbunden sind und viele Menschen betreffen, ebenso wie Armut und Antirassismus. Die Linke führt manchmal Scheindebatten in dem Sinne, dass bestimmte Themen andere Themen ausschließen. Damit sollten wir im Bund schleunigst aufhören. In Bremen haben wir dieses Problem nach meinem Eindruck nicht.

In Ihrer Bewerbungsrede auf dem Landesparteitag haben Sie angekündigt, verstärkt den Schulterschluss mit anderen linken Initiativen und gesellschaftlichen Bewegungen zu suchen. Wo hört die Anschlussfähigkeit nach links auf? Ziehen Sie eine Grenze zur militanten linksautonomen Szene?

Wir suchen die Verbindung zu Bewegungen wie „Fridays for future“, zu antirassistischen, feministischen Bewegungen. Da sehe ich absolut keinen Dissens, wir sind lediglich an unterschiedlichen Stellen aktiv. Wir nutzen das Parlament, um die Forderungen solcher Gruppierungen zu unterstützen. Als Partei stehen wir aber natürlich für einen friedlichen Politikansatz und nicht für Gewalt gegen Personen.

Nur gegen Personen?

Wir grenzen uns auch zu Gewalt gegen Sachen ab, natürlich auch eindeutig von Brandstiftung. Zugleich muss man sagen: Kritik an Sachbeschädigungen, die jemand in politischem Zusammenhang verübt, wird gerne überzogen. Sie wird dann beispielsweise von der FDP genutzt, um linke Forderungen und die linke Bewegung insgesamt zu diskreditieren. Das finde ich grundfalsch.

Das Gespräch führte Jürgen Theiner.



FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Die neue Linken-Vorsitzende Anna Fischer will die Partei auf die Bürgerschaftswahl 2023 vorbereiten.

„Unsere Regierungsbeteiligung bewerte ich bisher in großen Teilen als Erfolg.“

politik. Für mich ist klar, dass wir mit der Schuldenbremse nicht weitermachen können. Wir müssen sie mindestens aufweichen. Das ist es, was Bremen gerade braucht.

All diese Punkte hätte Ihre Vorgängerin Cornelia Barth, gegen die Sie sich in einer Kampfabstimmung durchgesetzt haben, sicher auch unterschrieben. Warum dann Ihre Kandidatur?

Conny Barth hat an vielen Stellen einen sehr guten Job gemacht, insbesondere bei ihrem Einsatz für Obdachlose. Diesem Thema hat sie auch innerhalb der Koalition Nachdruck verliehen. Die Unterschiede zwischen Conny Barth und mir haben vielleicht eher mit der Frage zu tun, wie man in der Partei Politik organisiert. Meine Kandidatur war nicht gegen eine Person gerichtet. Ich habe einfach Lust, Politik zu gestalten.

Wie sind Sie mit dem zufrieden, was Die Linke in den zweieinhalb Jahren ihrer Regierungsbeteiligung bisher erreicht hat? Das Glas ist mindestens halb voll. Unsere Senatorinnen machen einen guten Job.